

„Bezahlbarer Wohnraum - aber wie?“ Wohnungsgipfel 10. November 2012

„Politische Intervention am Beispiel der Berliner Mieterbewegung“ Klaus-Dieter Heiser, Projektgruppe Mieten Neukölln

Verständigungsthesen

Erste Verständigung: Die Wohnung ist eine Bedingung für menschliche Existenz, sie darf deshalb keine Ware sein.

Wohnungsbau folgt dem Bedarf an Arbeitskräften (Beispiele: Gründerjahre Berlin und industrielle Zentren wie Ruhrgebiet, DDR-Beispiele wie Schwedt, Eisenhüttenstadt).

Mobilität von Arbeitskräften spiegelt sich im asymmetrischen Kündigungsrecht für Mietwohnungen wider.

Zweite Verständigung: Der „(Miet)Wohnungsmarkt“ ist kein Markt.

Die Marktgesetze, z.B. Angebot und Nachfrage, funktionieren hier nicht. Es finden je nach politischer Konjunktur staatliche Interventionen statt. Das Mietrecht führt zu nur scheinbarer Gleichberechtigung von Mieter und Vermieter.

Dritte Verständigung: Wohnungen gehören zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, Wohnungsbau und Bereitstellung von Wohnungen sind deshalb öffentliche Aufgaben.

Unbestritten bei sichtbarer Wohnungsnot, z.B. nach Kriegszerstörungen (Wiederaufbauprogramme). Staatliche Regelungen für Wohnberechtigungen. „Sozialer Wohnungsbau“. Ressourcen in kommunaler Hand.

Vierte Verständigung: Die Möglichkeiten der Mieter zur Durchsetzung ihrer Interessen hängt vom gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis ab.

Beispiele aus der Berliner Mieterbewegung

Der Kampf gegen den weißen Kreis

Durch das "Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" von 1960 (nach seinem Initiator Bundesbauminister Paul Lücke/CDU oft Lücke-Plan oder Lücke-Gesetz genannt) wurde die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen schrittweise abgeschafft. Wurde in Westberlin bis Ende der 1980er Jahre verhindert durch politische Interventionen der Mieterorganisationen und durch die Mobilisierung der Mieter. Erst 1990 erster Mietspiegel mit Besonderheiten.

Der Kampf gegen Kahlschlagsanierung und Luxusmodernisierung

Instandbesetzungen in den 1980er Jahren.

Der Kampf gegen Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Mieterschutz durch Kündigungsschutz. Durch Kündigungssperren spekulativen Erwerbem entgegengetreten.

Der Kampf gegen Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände

Kommunale Wohnungsbestände und ihr Einfluss auf das Mietpreisniveau.

Der Kampf gegen soziale Verdrängung

Wohnungsnotstand durch Verdrängung, Zweckentfremdung (Ferienwohnungen, Gewerbe), „Aufwertung“. Gentrifizierung (Veränderung der Mieterstruktur) durch Neuvermietungen. Beispiele: Tempelhofer Feld und Schillerkiez (Städtebaupolitik) BI 100% THF. Mietermobilisierungen, z.B. Kotti & Co. Sozialer Wohnungsbau und Innenstadtlagen.

Energetische Modernisierung

Nur teilweise Übernahme der Wohnkosten durch Jobcenter und Sozialamt (Hartz IV)

Projektgruppe Mieten in Neukölln

Schnittstelle zwischen Mieterinitiativen und politischem Raum (DIE LINKE, BVV, AH) offene Arbeitsgruppe.

Interessante Links

<http://mietendossier.blogspot.de/>

<http://kottiundco.net/2012/11/06/unsere-konferenz-update/>

http://www.die-linke-neukoelln.de/bezirksverband/strukturen/pg_mieten/